

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2004/2265(INI)

25.5.2005

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Ausschuss für internationalen Handel

zur Zukunft des Textil- und Bekleidungssektors nach 2005
(2004/2265(INI))

Verfasser der Stellungnahme (*): Joan Calabuig Rull

(*): Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – Artikel 47 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist besorgt über den außergewöhnlich starken Anstieg des Einfuhrvolumens nichteuropäischer Textilerzeugnisse, insbesondere aus China in die EU, seit dem Auslaufen des Welttextilabkommens am 1. Januar 2005 und der Abschaffung der Quoten, der sich – verbunden mit der Aussicht auf noch größere Steigerungen – wesentlich auf die Beschäftigung im europäischen Textil- und Bekleidungssektor auswirken wird, der von strategischer Bedeutung und überaus zukunftsfähig ist und sich stark auf bestimmte Regionen konzentriert, wobei dieser Sektor hauptsächlich aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht und vorwiegend Frauen beschäftigt;
2. hält es für notwendig, dass die chinesischen Behörden freiwillige Maßnahmen ergreifen, um den Exportanstieg in die EU deutlich zu drosseln;
3. hält die Aufhebung der Quoten für grundsätzlich richtig, befürchtet aber bei einem völlig überhitzten Anstieg der Exporte Chinas die Rückkehr zu protektionistischen Beschränkungen sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen ebenso wie in der EU infolge der massiven Exportoffensive Chinas Arbeitsplätze verloren gehen;
4. betont deshalb, dass mittel- und langfristige Maßnahmen ausgearbeitet werden müssen, und verlangt im Einzelnen, dass die von der Kommission eingeleitete Untersuchung zur Anwendung der im WTO-Übereinkommen enthaltenen Schutzklauseln – erforderlichenfalls auch im Dringlichkeitsverfahren – führt;
5. stellt fest, dass gleichzeitige massive Preissenkungen bei einzelnen Produktgruppen zwar den europäischen Verbrauchern zugute kommen können, dass jedoch die Kombination von Rekordimporten und Niedrigpreisen die einheimische Bekleidungsindustrie vor kaum lösbare Aufgaben stellen kann;
6. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, baldmöglichst mit China Maßnahmen auszuhandeln und zu beschließen, um die Umstrukturierung des Sektors zu erleichtern und die sozialen Auswirkungen im Gefolge dieses Prozesses abzufedern; weist zudem darauf hin, dass der soziale Dialog eine wesentliche Rolle im Zusammenhang mit der Modernisierung und der Bewältigung der Umstellung spielt, die für die Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors unverzichtbar sind;
7. fordert die Kommission auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Gegenseitigkeit zum Prinzip in den Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Handelspartnern wird; hält es für dringend geboten, dass die Kommission gemeinsam mit den betroffenen Sektoren weiterhin die Ausarbeitung eines Aktionsplans zur raschen Ermittlung von Handelshemmnissen vorantreibt, die dem internationalen Handelsrecht zuwiderlaufen, besonders nichttarifliche Hemmnisse;

8. sieht in bilateralen Abkommen zwischen der EU und China die Chance, die gewaltigen Herausforderungen fair, transparent und zukunftsweisend zu meistern;
9. betont, dass die Weiterbildung auf allen Ebenen einschließlich des lebenslangen Lernens zu fördern ist, um die Nachfrage und das Angebot in Bezug auf Weiterbildung aufeinander abzustimmen;
10. fordert die Kommission auf, die im Protokoll über den Beitritt Chinas zur WTO vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen anzuwenden, falls sich bei erfolglosen Verhandlungen eine erhebliche Bedrohung für die europäische Textilindustrie herausstellt, und die in den WTO-Vorschriften vorgesehenen Einfuhrbeschränkungen zu verhängen;
11. erkennt an, dass China in vielen Produktgruppen der Textil- und Bekleidungsindustrie wettbewerbsfähig ist und seine Stärken (Massenproduktion, niedrige Arbeitslöhne) vielfach in enger Kooperation mit der europäischen Industrie entwickelt hat;
12. ist der Überzeugung, dass einseitige protektionistische Maßnahmen der EU der falsche Weg zur Bewältigung der Krise wären;
13. stellt fest, dass die europäische Textil- und Bekleidungsindustrie in der Vergangenheit ihre Konkurrenzfähigkeit mehrfach erfolgreich bewiesen hat und dies auch in der Zukunft so sein kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen;
14. hält Maßnahmen zur Unterstützung der technologischen Innovation für unverzichtbar und begrüßt den Start der Europäischen Technologieplattform für Textilien und Bekleidung, die eine langfristige Strategie der Innovation im Hinblick auf die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors erarbeiten und die Forschungs- und Entwicklungsbemühungen ankurbeln und koordinieren soll;
15. befürwortet nachdrücklich den Bericht der hochrangigen Gruppe, sowohl wegen des Inhalts der darin gemachten Empfehlungen als auch wegen der realistischen Analyse der Lage des Sektors und des Vorschlags der Gruppe zur Strategie;
16. fordert die Kommission auf, im 7. F&E-Rahmenprogramm den Schwerpunkt stärker auf die KMU zu verlagern und das Ihre dazu beizutragen, dass die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung an die Unternehmen weitergegeben werden; verlangt zudem, dass günstige Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Forschung und Innovation Konstanten der Tätigkeit von Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, werden;
17. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zugunsten nichttechnologischer Innovationen vorzusehen, die extrem wichtig sind, um im Wettbewerb zu bestehen, und die erhebliche personelle und finanzielle Investitionen zur Durchführung von Fachmessen erfordern;
18. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gezielt Anreize und Unterstützungsprogramme zu schaffen, um die KMU des Textil- und Bekleidungssektors dazu anzuregen, in direkte F&E-Tätigkeiten und in nichttechnologische Innovation zu investieren; betont die Bedeutung der Investitionen in nichttechnologische Forschung und fordert die Kommission auf, die Rechtsvorschriften über staatliche Beihilfen dahingehend zu überarbeiten, dass solche Investitionen den Investitionen in F&E gleichgestellt werden;

19. stellt fest, dass die KMU dieses Sektors besseren Zugang zu beruflicher Fortbildung für ihre Arbeitnehmer erhalten sollten;
20. weist darauf hin, dass der fehlende Zugang zur Finanzierung und die mangelnde Anpassung einiger Finanzierungsinstrumente für die KMU dieses Sektors sowie vieler anderer Sektoren der europäischen Wirtschaft immer noch ein großes Hindernis darstellen; fordert die Kommission auf, Maßnahmen und Anreize in Erwägung zu ziehen, um einen Teil der Produktionstätigkeit in den Ländern des Raumes Europa-Mittelmeer und des Erweiterungsraums sowie in den Ländern mit Nachbarschafts- und Partnerschaftsbeziehungen zu erhalten;
21. stellt fest, dass insbesondere der Schutz der Handelsmarken und der Rechte des geistigen Eigentums von China erheblich stärker geachtet werden muss, und fordert die Kommission auf, unverzüglich Maßnahmen zur Sensibilisierung für den Schutz der Rechte am geistigen Eigentum zu ergreifen; ersucht die Kommission ferner, die Mitgliedstaaten bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Nachahmung von Markenware und des Schmuggels zu unterstützen;
22. fordert China auf, als Mitglied der IAO die vereinbarten Arbeitsrichtlinien sowie die grundlegenden Umweltauflagen zu befolgen und Verstöße zu ahnden;
23. betont, wie wichtig die Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb ist, die es durch eine Verstärkung der Überwachung an den Grenzen der Europäischen Union voranzutreiben gilt;
24. hält es für unbedingt erforderlich, die Verpflichtung zu einer Ursprungskennzeichnung und Kennzeichnung mit Firmennamen für die Erzeugnisse dieses Sektors einzuführen, anhand deren die Verbraucher feststellen können, woher ein Erzeugnis stammt;
25. fordert die Kommission auf, die Zollbehörden der Gemeinschaft darum zu ersuchen, gezielte Kontrollen einzuführen, mit denen festgestellt werden kann, ob es sich um Produkte mit gefälschten Ursprungsangaben oder Produkte, durch die das Markenschutzrecht verletzt wird, handelt;
26. fordert dementsprechend die Kommission auf, die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 und spätere Änderungen dieser Verordnung dahingehend zu ändern, dass Zollkontrollen eingeführt werden, durch die Produkte mit falscher Ursprungskennzeichnung ermittelt werden können;
27. hält es immer noch für notwendig zu prüfen, ob die Gemeinschaft nicht einen sektorbezogenen Schwerpunkt setzen sollte, und fordert die Kommission eindringlich auf, diese Überlegung angesichts der ungewöhnlichen Herausforderungen, mit denen dieser Sektor in allernächster Zukunft konfrontiert ist, zu berücksichtigen;
28. ist der Ansicht, dass die bisher praktizierte EU-Politik zur Unterstützung des Strukturwandels insgesamt erfolgreich war;
29. fordert die zuständigen regionalen und nationalen Instanzen auf, in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen für die Gebiete, in

denen der Textilsektor besonders wichtig ist, lokale Strategiepläne aufzustellen;

30. fordert die Kommission auf, die Auswirkungen der neuen Chemikalienpolitik (REACH) auf den Textil- und Bekleidungssektor und ganz konkret ihre Folgen für dessen Wettbewerbsfähigkeit, vor allem die der KMU, eingehend zu prüfen und die Vorschläge so abzuändern, dass importierte Waren nicht besser gestellt werden als in der EU erzeugte Waren;
31. befürwortet die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, die durch eine aktive Politik der Unterstützung für Ausbildung, F&E-Tätigkeiten, technologische Innovation, Weitergabe bewährter Verfahren und Austausch von Informationen über die Märkte die Zusammenarbeit und Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors fördert; empfiehlt die Schaffung eines Europa-Mittelmeer-Netztes von Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Fachzentren des Textil- und Bekleidungssektors, um technische Partnerschaften, die Ausbildung und gemeinsame Forschungsprogramme zu fördern;
32. fordert die Kommission auf, eventuelle Reserven in den Strukturfonds für unvorhergesehene lokale und sektorbezogene Krisen, für Existenzgründungen und KMU-Förderung in den betroffenen Regionen einzusetzen, um Arbeitsplätze in anderen Branchen zu fördern.

VERFAHREN

Titel	Zukunft des Textil- und Bekleidungssektors nach 2005			
Verfahrensnummer	2004/2265(INI)			
Federführender Ausschuss	INTA			
Mitberatender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE 13.12.2004			
Verstärkte Zusammenarbeit	Ja			
Verfasser der Stellungnahme Datum der Benennung	Joan Calabuig Rull 27.1.2005			
Prüfung im Ausschuss	2.2.2005	31.3.2005	25.4.2005	24.5.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	24.5.2005			
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen:			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Ivo Belet, Jan Březina, Jerzy Buzek, Joan Calabuig Rull, Pilar del Castillo Vera, Jorgo Chatzimarkakis, Giles Chichester, Den Dover, Lena Ek, Adam Gierek, Umberto Guidoni, András Gyürk, Fiona Hall, Ján Hudacký, Romana Jordan Cizelj, Werner Langen, Anne Laperrouze, Nils Lundgren, Eluned Morgan, Reino Paasilinna, Pier Antonio Panzeri, Miloslav Ransdorf, Teresa Riera Madurell, Mechtild Rothe, Paul Rübig, Andres Tarand, Britta Thomsen, Patrizia Toia, Catherine Trautmann, Nikolaos Vakalis, Alejo Vidal-Quadras Roca			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	María del Pilar Ayuso González, Etelka Barsi Pataky, Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Neena Gill, Norbert Glante, Françoise Grossetete, Edit Herczog, Manuel António dos Santos, Hannes Swoboda			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)				